

Arbeitspapier/Dokumentation

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Nr. 149/2005

Eckhard Jesse

Der Umgang mit parteipolitischem Rechtsextremismus

Sankt Augustin, Dezember 2005

ISBN 3-937731-69-5

Ansprechpartner: Dr. Viola Neu
Koordinatorin Wahl- und Parteienforschung
Telefon: 030 26996-35 06
E-Mail: viola.neu@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Inhalt

1. Einleitende Bemerkungen	3
2. Extremismusbegriff	4
3. Auffächerung des Extremismusbegriffs	5
4. Nationaldemokratische Partei Deutschlands	8
5. Partei des Demokratischen Sozialismus	11
6. Vergleich	12
7. Kritik an den Thesen der SPD zum Umgang mit dem Rechtsextremismus	13
8. Thesen zum Umgang mit dem parteipolitischen (Rechts-)Extremismus	15
9. Fazit	19
Der Autor	19

Stand: Juni 2005

1. Einleitende Bemerkungen

Bei den beiden Landtagswahlen in Sachsen und in Brandenburg am 19. September erreichten die beiden Volksparteien CDU und SPD nur 50,9 Prozent (Sachsen) bzw. 51,3 Prozent (Brandenburg) der Stimmen. Das ist ein Politikum, ein Menetekel für diese großen demokratischen Parteien. Vor dem Hintergrund, daß die Rechtsaußenparteien NPD 9,2 Prozent (in Sachsen) und DVU 6,1 Prozent (in Brandenburg) sowie die Partei des Demokratischen Sozialismus 28,0 Prozent (Brandenburg) und 23,6 Prozent (Sachsen) erzielt hatten, ist das Wort von der Krise der Parteiendemokratie im Osten der Bundesrepublik Deutschland nicht übertrieben. Die Erfolge kamen der „Opposition zum System“, nicht der „Opposition im System“ zugute. In beiden Landtagen haben die demokratischen Parteien keine Zweidrittelmehrheit.

Das ist Grund genug, einigen Fragen nachzugehen: Wie soll sich der demokratische Verfassungsstaat gegenüber dem politischen (Rechts-)Extremismus verhalten? Wie sollte er nicht vorgehen? Bedarf es dabei einer Unterscheidung zwischen dem Links- und dem Rechtsextremismus? Ist die PDS so weit wie die NPD von den Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates entfernt?

Der Beitrag ist folgendermaßen aufgebaut: Zunächst geht es um den Extremismusbegriff und seine Ausdifferenzierung. Danach werden die Positionen der NPD und der PDS erörtert – zum Teil im Vergleich. Bevor thesenartig der angemessene Umgang mit dem parteipolitischen (Rechts-)Extremismus beleuchtet wird, erscheint es angezeigt, anhand zweier einschlägiger Publikationen der SPD zu demonstrieren, wie der Umgang nicht sein sollte. Es versteht sich von selbst, daß die Ausführungen ausschließlich auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen (auf denen der normativen Extremismustheorie) und nicht politisch motiviert sind. Politikwissenschaft ist nicht die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

2. Extremismusbegriff

Mit dem politischen Extremismus ist jene Form des politischen Handelns gemeint, die den demokratischen Verfassungsstaat ablehnt, sei es mehr seine konstitutionelle Komponente (z.B. das rechtsstaatliche Prinzip), sei es mehr das demokratische Element (z.B. das Prinzip der menschlichen Fundamentalgleichheit). Der Extremismus ist gekennzeichnet durch die Identitätstheorie der Demokratie, durch Freund-Feind-Stereotypen, durch ein hohes Maß an ideologischem Dogmatismus und in der Regel durch ein Missionsbewußtsein. Wer vom Glauben an ein objektiv erkennbares und vorgegebenes Gemeinwohl beseelt ist und Gesetzmäßigkeiten zu erkennen wähnt, kann die Legitimität unterschiedlicher Meinungen und Interessen innerlich nicht bejahen, allenfalls aus taktischen Gründen. Ist man sich zumeist über den extremistischen Charakter gewalttätiger Formen schnell einig, so gehen die Auffassungen beim nicht-gewalttätigen Extremismus weit auseinander.

Das gilt selbst für die Verfassungsschutzbehörden. Im Lande Brandenburg erwähnt der dortige Verfassungsschutzbericht die PDS mit keinem Wort (unter Innenminister Jörg Schönbohm hat sich daran nichts geändert), im Freistaat Bayern gilt sie – und nicht etwa bloß die eine oder andere parteiinterne Gruppierung – als extremistisch. Sachsen ist dazwischen angesiedelt. So werden die Kommunistische Plattform der PDS, das Marxistische Forum der PDS sowie die Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS zu den linksextremistischen Strömungen gerechnet. Zwar fehlen zur Bestimmung als extremistisch klare Trennungslinien wie Längen- und Breitengrade in der Geographie, doch ist es wenig plausibel, deswegen so zu tun, als handle es sich bei den Termini links- oder rechtsextremistisch um recht willkürliche Zuschreibungen, hervorgerufen durch Deutungshoheiten. Vielmehr geht es um die offene oder verdeckte Ablehnung eines Minimalkatalogs an Werten und Spielregeln, der für das gedeihliche Zusammenleben der Menschen unerlässlich ist.

Die Widerstände gegen die Übernahme des Extremismusbegriffs sind in der Bundesrepublik Deutschland – und nicht nur hier – zum Teil noch immer beträchtlich – in der Politik, in der Publizistik und in der (Politik-)Wissenschaft. Damit werde einem juste milieu das Wort geredet. Manche befürchten von einem Vergleich der beiden Varianten eine Relativierung der menschenverachtenden Politik von rechtsaußen. Ein nor-

mativer Vergleich führe nicht zu neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern behindere sie. Kurioserweise sprechen vor allem jene von einem „Extremismus der Mitte“, die den Extremismusbegriff eigentlich ablehnen.

Wer am Begriff des Extremismus festhält, setzt dessen Formen nicht gleich. Ihm geht es allerdings um das Gefährdungspotential für den demokratischen Verfassungsstaat, gleich von welcher Seite es ausgeht. Vor allem soll nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Hat sich nach dem Kollaps des „realen Sozialismus“ der Begriff vom „antitotalitären Konsens“ weitgehend durchgesetzt, so gilt das nicht für den „antiextremistischen Konsens“. In dem einen Fall handelt es sich um ein vergangenes, in dem anderen um ein gegenwärtiges Phänomen.

3. Auffächerung des Extremismusbegriffs

Was die politische Zielsetzung angeht, so wird gemeinhin zwischen Links- und Rechtsextremismus differenziert. Rechts- und linksextremistische Bestrebungen sind jeweils wieder in unterschiedliche Richtungen aufgespalten. Jeder Nationalsozialist ist ein Rechtsextremist, aber nicht jeder Rechtsextremist ist ein Nationalsozialist. Die gleiche Zuordnung gilt für Stalinisten und Linksextremisten. Durch den Zusammenbruch des „Vaterlandes aller Vaterländer“ und den Wandel des chinesischen Kommunismus ist die früher gängige Unterscheidung zwischen moskau- und pekingorientierten Kommunisten längst überholt.

Deswegen herrscht aber keine Einigkeit über die Zielsetzung. Allein der Trotzismus ist in eine Vielzahl von sektiererischen Gruppierungen gespalten. Alle berufen sich auf Leo Trotzki, den von Stalin verstoßenen und im mexikanischen Exil ermordeten kommunistischen Revolutionär. Bei den Rechtsextremisten gibt es ebenso ein breites Spektrum. So sprach sich die Partei der „Republikaner“ für ein Verbot der militanten NPD aus. Die Differenzen sind nicht nur taktisch-strategischer Natur, sondern prinzipieller. Eine spezifische Form des Rechtsextremismus ist der Revisionismus beziehungsweise „Negationismus“. Diesem geht es darum, die massenhafte Vergasung von Juden in Vernichtungslagern zu leugnen. Der Vorwurf der „Auschwitz-Lüge“ schlägt auf die Urheber zurück.

Der politisch-religiös ausgerichtete Fundamentalismus gilt als eine eigenständige Spielart des Extremismus jenseits von rechts und links. Auch in Deutschland spielt diese eine immer stärkere Rolle. Das gilt vor allem für den islamischen Fundamentalismus. So existieren mehrere Netzwerke „Arabischer Mujahedin“, der Kämpfer für die Sache Allahs. Den „Ungläubigen“ ist der Kampf angesagt. Die Absage an westliche Werte – die USA fungieren als Hauptfeind – ist fundamental.

Der politische Extremismus kann nicht nur nach der politischen Richtung (Rechtsextremismus, Linksextremismus, politisch-religiöser Fundamentalismus) geschieden werden, sondern auch danach, in welcher Form er agiert. Wer die jeweilige Aktions- und Organisationsweise berücksichtigt, kommt zu einer komplexen Differenzierung. Hauptkriterium für die Aktionsform soll die Frage sein, ob die jeweilige extremistische Gruppierung Gewalt anwendet. Hauptkriterium für die Organisationsform ist, ob ein fester Zusammenschluß besteht. Es bietet sich unter der Vernachlässigung von Zwischenstufen die folgende Typologie an: (1) Extremismus, der Gewalt anwendet und eine feste Organisation aufweist; (2) Extremismus, der Gewalt anwendet und keine feste Organisation aufweist; (3) Extremismus, der keine Gewalt anwendet und nicht fest organisiert ist; (4) Extremismus, der keine Gewalt anwendet und fest organisiert ist.

Zum Typus 1: Unter diese Rubrik fällt der fest organisierte und planmäßig aus dem Untergrund operierende Linksterrorismus, der in Deutschland vor allem in den siebziger Jahren Schrecken verbreitet hat. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus im „realen Sozialismus“ der DDR ist eine massive Schwächung erfolgt. Wie sich herausstellte, hatte das Ministerium für Staatssicherheit zehn bekannten Aussteigern der sogenannten Roten Armee Fraktion (RAF) eine neue Identität gegeben. Der Niedergang des „realen Sozialismus“ war auch in anderer Hinsicht eine schwere Niederlage für den westdeutschen Linksterrorismus, mußten doch viele seiner Anhänger die Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens erkennen. Verschiedene Verlautbarungen der „Illegalen“ und der „Gefangenen“ dokumentierten Kurskorrekturen und einen zunehmenden Auflösungsprozeß. Der Anschlag auf die gerade fertig gewordene Justizvollzugsanstalt Weiterstadt im Jahre 1993 mit einem Schaden von ca. 65 Mio. war die letzte große Aktion der „Kommandoebene“. Von den Terroristen der „dritten Generation“ in den achtziger Jahren – man weiß über sie nur wenig – ist kaum jemand

festgenommen worden. Im Frühjahr 1998 erklärte der Rest das „Experiment“ RAF für beendet. Den Anfang der achtziger Jahre im Anfangsstadium steckengebliebenen terroristischen Gruppierungen rechtsextremistischer Observanz fehlte es überwiegend an vergleichbarer Logistik und Planungsintensität.

Zum Typus 2: Hierzu zählen die „Autonomen“ auf der linken und die „Skinheads“ auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Die Aktionen der „Autonomen“ richten sich häufig gegen „Faschos“ und „Bullen“, die der Skinheads vielfach gegen Fremde (nicht zuletzt gegen Asylbewerber). Die Szene der Autonomen bekämpft mit ihren militanten Aktionen das „Schweinesystem“. In den neunziger Jahren ist die Zahl der gewaltbereiten Linksextremisten zurückgegangen, die der Rechtsextremisten in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts in die Höhe geschwollen, vor allem in den neuen Bundesländern. Bei den meisten, überwiegend jungen Tätern gab es keinen rechtsextremistischen „Vorlauf“. Meistens liegt diesen kriminellen Handlungen keine langfristige Planung zugrunde, häufig ist Alkohol im Spiel. Die Aktionen sind vielmehr das Produkt einer nicht verfestigten rechtsextremistischen Subkultur. Was auf der politischen Linken mit der sogenannten „autonomen Szene“ begonnen hat, setzt sich nun rechts fort. Trotz martialisch-nationalsozialistischer Kostümierung verfiert längst nicht jeder Skinhead das Gedankengut des NS-Systems. Angesichts des scharfen Vorgehens durch den Staat schwand die Zahl der fremdenfeindlichen Gewalttaten. Die Subkulturen der „Autonomen“ und der „Skinheads“ weisen Parallelen und Unterschiede auf. Statistisch erfaßbare Unterschiede in der Tatspezifik (z.B. Überwiegen von Landfriedensbrüchen bei den Autonomen, zahlreiche Brandanschläge und Körperverletzungen bei den Skinheads) lassen sich zum Teil aus der sozialen Charakteristik der Akteure erklären (z.B. niedriges Durchschnittsalter, niedriger Bildungsstand, Neigung zu körperlicher Gewalt bei den Skinheads; höheres Alter, hoher Bildungsgrad, hohes planerisch-technisches Können bei Linksterroristen).

Zum Typus 3: Bei ihm handelt es sich um Intellektuelle, die – direkt oder unterschwellig – gegen den demokratischen Verfassungsstaat agitieren. In intellektuellen Milieus ist der Linksextremismus auch nach 1989/90 weniger isoliert als der Rechtsextremismus. Allerdings haben sich Wandlungen gegenüber der Zeit vor 1989 vollzogen. Zum einen ist die Anfälligkeit mancher Intellektueller gegenüber utopischen Ideen von links zurückgegangen, zum anderen scheint sich erstmals – bisher mit ge-

ringen Erfolgen – eine intellektuelle Strömung von rechts zu formieren. Insgesamt jedoch ist der Anteil der linksextremistisch ausgerichteten Intellektuellen deutlich höher als jener von rechtsaußen. Begriffe wie „Neue Rechte“ und „Neue Linke“ sind schillernd, weil darunter höchst Unterschiedliches – nicht notwendigerweise Verfassungsfeindliches – verstanden wird. Dabei gilt: Nicht jeder Wähler einer extremistischen Partei muß ein Extremist sein, nicht jeder Wähler einer demokratischen Partei ein Demokrat.

Zum Typus 4: Hierzu gehören nahezu alle extremistischen Parteien. In der Bundesrepublik gab es drei Wellen des Rechtsextremismus (die SRP Anfang der fünfziger, die NPD in der zweiten Hälfte der sechziger und – vor allem – die Partei der REP Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre) und zwei Hochphasen des parteipolitisch organisierten Linksextremismus (die KPD Ende der vierziger Jahre und die PDS seit den neunziger Jahren): Mit der Nennung dieser Parteien wird sofort deutlich, daß unter „Rechtsextremismus“ wie „Linksextremismus“ ganz verschiedene Strömungen fallen.

4. Nationaldemokratische Partei Deutschlands

In den letzten Jahren trat unter dem Parteivorsitzenden Udo Voigt eine Radikalisierung der 1964 ins Leben gerufenen NPD ein, nicht zuletzt durch den Zulauf von Mitgliedern verbotener Vereinigungen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre. Damit öffnete die Partei sich sogleich Kräften des Neonationalsozialismus: Ihr neues strategisches Konzept stützt sich seit 1997 auf drei Säulen: „Wenn die NPD ihre Ziele in Deutschland erreichen will, muß sie – im übertragenen Clausewitzschen Sinne gesprochen – drei große Schlachten schlagen: die Schlacht um die Köpfe, die Schlacht um die Straße, die Schlacht um die Wähler“¹. Mit der „Schlacht um die Köpfe“ ist die Programmatik gemeint, mit der „Schlacht um die Straße“ die Massenmobilisierung, mit der „Schlacht um die Wähler“ die Wahlteilnahme.

¹ In: Holger Apfel (Hg): Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei, 1999 erschienenes Handbuch anlässlich des 35jährigen Bestehens der NPD und des 30jährigen Bestehens der JN, S. 359, Deutsche Stimme Verlag, 1999.

„Keine von ihnen ist ohne die anderen sinnvoll oder auch nur möglich. Alle Mitglieder, insbesondere die Amtsträger der NPD sind aufgefordert, je nach eigenen Stärken und Schwächen den Schwerpunkt ihres Einsatzes innerhalb dieses Dreiecks zu wählen, das von drei Säulen aufgespannt wird, ohne jedoch eine einzelne Säule aus den Augen zu verlieren.“² So hat die NPD ihre Konzeption interpretiert. Nach dem Erfolg in Sachsen fügte der Parteivorsitzende Udo Voigt auf dem Parteitag in Leinefelde im Oktober 2004 eine neue Säule hinzu: den „Kampf um den organisierten Willen“. Mit dem „organisierten Willen“ ist die Bündelung aller Kräfte des „nationalen Lagers“ gemeint – von der Deutschen Volksunion bis zu den „Freien Kameradschaften“. Das soll martialisch klingen, aber die Wirklichkeit sieht bescheidener aus.

Selbst ein beträchtlicher Teil der NPD-Mitglieder ist passiv, obwohl die Partei Elemente einer Kaderpartei aufweist. Die von seinen Vorgängern nach außen hin an den Tag gelegte Verfassungstreue (bei Günter Deckert war dies schon anders) befließigt sich der Vorsitzende Voigt nicht. Er predigt revolutionären Kampf und macht keinen Hehl aus seinem Vorhaben, die Verfassungsordnung in Deutschland zu stürzen. War seine Position während des Verbotsverfahrens etwas zurückhaltender, so tritt er seither wieder ungeschützt auf. Nach dem erfolgreichen Ergebnis bei der Landtagswahl in Sachsen erklärte er gegenüber der „Jungen Freiheit“ vollmundig: „Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor 15 Jahren die DDR abgewickelt hat. Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne“. Und weiter: „Nach 1945 sind in Deutschland zwei Vasallenstaaten entstanden, die DDR in Mitteldeutschland und die BRD im Westen. Erst wenn beide Vasallenstaaten verschwunden sind, können die Deutschen sich in Selbstbestimmung einen eigenen Staat schaffen, in dem sie frei leben können.“³ Voigt ließ keine Zweifel an seiner Legalitätstaktik aufkommen. Die Partei halte sich an die Gesetze, solange die Bundesrepublik existiere, aber sie erstrebe deren Überwindung.

2 In: Holger Apfel (Hg): Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei, 1999 erschienenes Handbuch anlässlich des 35jährigen Bestehens der NPD und des 30jährigen Bestehens der JN, S. 360, Deutsche Stimme Verlag, 1999.

3 Interview mit Udo Voigt in der „Jungen Freiheit“, September 2004.

Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiamerikanismus und vor allem Antikapitalismus bestimmen die Ideologie der NPD, deren Parteiprogramm allerdings vergleichsweise moderat formuliert ist. Die Idee der „Volksgemeinschaft“ nimmt bei ihr einen breiten Raum ein. Für die NPD spielt der Antikommunismus als Klammer – im Gegensatz zur Zeit vor 40 Jahren – nicht mehr die geringste Rolle. Im Gegenteil: Die Partei verfiicht ganz massiv den Kampf gegen das „Großkapital“.

Die NPD konnte durch ihre Radikalisierung seit Ende der neunziger Jahre zwar den Anteil ihrer Mitglieder innerhalb weniger Jahre auf ca. 6.000 verdoppeln, jedoch bei den Wahlen lange nicht reüssieren. In den neunziger Jahren schnitt die Partei am besten bei den sächsischen Landtagswahlen 1999 ab (1,4 Prozent). Nur ein einziges Mal noch konnte sie in jenem Zeitraum die für die Parteienfinanzierung wichtige Hürde von einem Prozent erreichen (bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 1998 mit 1,1 Prozent). Die NPD hofft, zumal im Osten, auf Gefolgschaft von den „Vereinigungsverlierern“ und auf „nationale Sozialisten“. Bei den Wahlen vom Jahre 2000 an erreichte sie in Schleswig-Holstein 1,0 Prozent. Sonst blieb sie stets unter der Marke von einem Prozent - bis zum Jahre 2004. Bei der Bundestagswahl 2002 steigerte sie sich mit 0,4 Prozent der Stimmen nur um 0,1 Punkte gegenüber der letzten Wahl 1998.

2004 sollte sich dies jedoch ändern. Während die NPD bei den Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft am 29. Februar 2004 mit 0,3 Prozent der Stimmen nicht vom Niedergang der Schill-Partei profitieren konnte, bekam sie bei der Landtagswahl in Thüringen am 13. Juni 2004 1,6 Prozent, bei der Landtagswahl im Saarland am 5. September 4,0 Prozent und bei der Landtagswahl in Sachsen 14 Tage später aufsehenerregende 9,2 Prozent und erreichte damit fast das Ergebnis der SPD. Dabei besitzt die Partei in Sachsen nur 960 Mitglieder. Trotz vieler öffentlicher Warnungen zog sie das erste Mal seit 1968 wieder in einen Landtag ein. Im Jahre 2005 konnte die NPD ihren sächsischen Wahlerfolg nirgendwo wiederholen, in Nordrhein-Westfalen nicht einmal die für die Wahlkampfkostenerstattung wichtige Hürde von einem Prozent überwinden. Mittlerweile hat sie die Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens, in den Bundestag einzuziehen, eingeräumt. Stattdessen strebt sie den Gewinn von drei Direktmandaten an. Aber dieses ist ebenso aussichtslos.

5. Partei des Demokratischen Sozialismus

Die PDS, die Nachfolgepartei der SED, hat sich nach langen Auseinandersetzungen auf ihrem Chemnitzer Parteitag 2003 ein neues Programm gegeben. Es firmiert vielfach als das Programm einer reformsozialistischen Alternative. Davon kann jedoch kaum die Rede sein, spricht sie doch in ihren Programmen beständig von „Kapitalverwertungsinteressen“. Gleichzeitig ist die Kritik an der schlimmen Vergangenheit nur halbherzig. Zum Teil rechtfertigt die Partei sie sogar: „Die antifaschistisch-demokratische Veränderung im Osten Deutschlands und das spätere Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Weiterführung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichbaren Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war. Zur Geschichte der DDR gehören bemerkenswerte Ergebnisse und wertvolle Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit, um die Bestimmung der Ziele der Produktion im Interesse der Bevölkerung, um die Teilhabe breiter Bevölkerungsteile an Bildung und Kultur und um ein solidarisches und friedliches Gemeinwesen auf deutschem Boden.“⁴ So also sieht die PDS die Anfänge der DDR. Sie will nicht wahrhaben, daß flugs nach 1945 der Boden für eine kommunistische Diktatur bereitet wurde. Beständig geht sie mit der Parole des „Antifaschismus“ hausieren, zum Teil nicht ohne Erfolg.

Die PDS war auf jeweils unterschiedliche Weise in den Deutschen Bundestag eingezogen: 1990 dank der für Ost und West gesondert geltenden Sperrklausel mit bundesweit 2,4 Prozent; 1994 dank des Gewinns von vier Direktmandaten im Osten von Berlin mit 4,4 Prozent; 1998 dank des Überspringens der Fünfprozentklausel mit 5,1 Prozent. Bei der Bundestagswahl 2002 setzte sich der beständige Erfolgsweg der Partei nicht weiter fort. Sie scheiterte mit nur zwei errungenen Direktmandaten und 4,0 Prozent der Zweitstimmen an der Fünfprozentklausel. Die Gründe waren vielfältiger Natur: die sich von den USA absetzende Politik Schröders im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg; die „Flutkatastrophe“ im Osten Deutschlands; die wenig charismatische Führungsspitze der Partei. Vor allem machte die PDS den Fehler, daß sie mehr die Union und die FDP attackierte als die SPD und die Grünen.

4 Beschluss der 2. Tagung des 8. Parteitages der PDS am 26. Oktober 2003 in Chemnitz. Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. S. 31.

Gleichwohl setzte für die Postkommunisten, die in Mecklenburg-Vorpommern (seit 1998) und in Berlin (seit 2002) an der Regierung beteiligt sind, im Jahre 2004 eine Renaissance ein. Die Partei steigerte sich bei der Europawahl bundesweit auf 6,1 Prozent (in Thüringen 26,1, in Sachsen 23,6 und in Brandenburg 28,0 Prozent). Nicht nur als Milieu-, sondern auch als Protestpartei, hat sie den Unmut über Hartz IV auf ihre Propagandamühlen geleitet und die Proteste zusätzlich geschürt. Dabei nahm sie in Kauf, daß in ihrem Kielwasser verfassungsfeindliche Parteien am rechten Rand wie die NPD und die DVU in die Landtage von Sachsen und Brandenburg einziehen konnten. Sie geht nun in die „antifaschistische Offensive“ und propagiert den „Kampf gegen Rechts“.

Die PDS ist zwar überwiegend keine kommunistische Partei mehr, deswegen aber längst noch keine demokratische. Der Gegensatz ist nicht der von Sozialismus und Kapitalismus, sondern der von Diktatur und Demokratie. Es kann nicht oft genug betont werden: Eine Partei, die noch immer nicht bereit ist, die DDR als Unrechtsstaat zu klassifizieren und Lenin nur zurückhaltend kritisiert, ist kein Gralshüter der Demokratie. Was beispielsweise die sächsische PDS von der Mitarbeit bei der Staatssicherheit hält, bedarf nicht eigens einer Kommentierung. Der neue Parteivorsitzende der PDS in Brandenburg, Thomas Nord, hatte sein Engagement für die Staatssicherheit bereits Anfang der neunziger Jahre bekundet.

Der wegen der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 bevorstehende Zusammenschluß mit der „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ unter dem Namen „Demokratische Linke. PDS“ bedeutet für die Partei eine Chance und Gefahr zugleich. Ein Chance deshalb, weil sie auf diese Weise stärker im Westen Fuß fassen kann, eine Gefahr, weil sie so die Identität als Ostpartei zu verlieren droht. Kurzfristig überwiegt die Chance, langfristig die Gefahr.

6. Vergleich

Was den extremistischen Intensitätsgrad angeht, so verkörpert die NPD eine harte Form des Rechtsextremismus, die PDS hingegen eher eine weiche Form des Extremismus – unter Berücksichtigung der Ideologie, der Strategie und der Organisation.

Gleichwohl sind beide Parteien im Kern „Opposition zum demokratischen System“, nicht „Opposition im demokratischen System“. So deutlich, wie die NPD gegen den demokratischen Verfassungsstaat zu Felde zieht, tut die PDS dies nicht. Gleichwohl sind beide Parteien keine Gralshüter der demokratischen Ordnung. Sie sind einerseits weit voneinander entfernt und stehen sich andererseits trotzdem nahe.

So votierten bei der sächsischen Landtagswahl 2004 45 Prozent der NPD-Zweitstimmenwähler für einen Bewerber der eigenen Partei. Je 14 Prozent stimmten für einen Kandidaten der CDU und der PDS, 22 Prozent für einen Bewerber der übrigen Parteien⁵. Die NPD wird von der Wählerschaft keineswegs klar als eine rechts-extremistische Partei wahrgenommen. Offenbar sieht ein Teil der Wähler der NPD die PDS nicht als das exakte Gegenteil „ihrer“ Partei an. Angesichts analoger Wahlkampfparolen darf dies nicht verwundern.

Stellt sich die PDS in erster Linie als eine Milieupartei dar (wobei ihre Wählerschaft auch von Protestmotiven geleitet ist), so kann eine Rechtsaußengruppierung wie die NPD vorwiegend als Protestpartei angesehen werden, wiewohl ihre Wähler vielfach einem bestimmten Milieu entstammen: Es handelt sich in überproportionaler Weise um „Modernisierungsverlierer“. Eine Milieupartei wie die PDS hat eher eine Stamm-, eine Protestpartei wie die NPD eine große Wechselwählerschaft.

7. Kritik an den Thesen der SPD zum Umgang mit dem Rechtsextremismus

Die SPD hat in den letzten Wochen zwei einschlägige Publikationen herausgebracht: Die eine ist auf Initiative der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion entstanden („Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Handreichung“⁶), die andere geht auf eine Projektgruppe Rechtsextremismus im Willy-Brandt-Haus zurück („Für eine starke Demokratie – Wirksam handeln gegen rechts! Handlungs- und Aktionsstrategien – Analysen“⁷).

5 Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen. Abweichungen von 100% = Rundungsfehler.

6 http://www.spdfraktion.de/rs_datei/0,,5071,00.pdf, vom 26.6.2005.

7 http://www.spd-shop.de/spd-online.php?m_id=240, vom 26.6.2005.

Während die erste vor allem einen (einseitigen) Überblick zum Thema Rechtsextremismus gibt, bietet die zweite zusätzlich 24 „Prinzipien und Orientierungspunkte für den Umgang mit dem Rechtsextremismus: Die Wölfe im Schafspelz enttarnen!“.

Während manche Grundsätze durchaus akzeptabel sind (so der Hinweis auf die Notwendigkeit, immer wieder die Verfassungsfeindlichkeit der NPD hervorzuheben [Punkt 6] oder auf die Gefahr, den Kampf gegen den Rechtsextremismus zu instrumentalisieren [Punkt 13]), zeichnen sich viele andere durch Einseitigkeiten und Vergrößerungen aus. Die Hauptschwäche besteht darin, den Linksextremismus völlig auszublenden. So kann der Eindruck entstehen, daß jeder Gegner des Rechtsextremismus automatisch ein Demokrat ist. Rechtsextremismus ist Demokratiefeindschaft, der Umkehrschluß trifft jedoch nicht zu: Demokratiefeindschaft ist nicht automatisch Rechtsextremismus. Die Autoren unterlaufen folglich den antiextremistischen Konsens. An einigen Orientierungspunkten soll die Schwäche der Argumentation beleuchtet werden.

So ist es nicht richtig, daß die demokratischen Kräfte in der Lage sein müssen, die heutigen Rechtsextremisten durchweg als „Nachfolger der massenmörderischen Nazis“ darzustellen, wie es im Punkt 1 heißt. Diese Fixierung auf den Nationalsozialismus läßt viele Ursachen für den Rechtsextremismus außer acht. Nicht jede seiner Varianten erschöpft sich in einer Akzeptanz des Nationalsozialismus. Wer rechtsextremistische Kräfte wählt, unterstützt nicht automatisch „Neonazis“ (so aber Punkt 9).

Wenn davor gewarnt wird, „Rechten“ nicht auf den Leim zu gehen (so Punkt 7), stört zum einen die unscharfe Terminologie („Rechte“), zum anderen die Mahnung, daß es gefährlich sei, mit Rechtsextremisten über Sachthemen zu diskutieren.

Der Hinweis darauf, daß es kein gemeinsames Abstimmungsverhalten mit Rechtsextremisten geben darf (Punkt 8), ist so nicht zu verwirklichen. Niemand kann verhindern, daß sich Rechtsextremisten einem Antrag einer anderen Partei anschließen. Der Beifall von der falschen Seite sagt noch nichts über die Qualität eines Antrages aus.

Die Forderung, es dürfe „keinerlei Beiträge oder Interviews für extrem rechte Zeitschriften geben“ (so der Punkt 11), wird nicht überzeugend präzisiert, wenn die Autoren damit auf eine „neo-liberale“ Zeitschrift wie „Criticón“ abheben.

Zwar heißt es einerseits zu Recht, auch rechtsextreme Kräfte hätten in der Demokratie Grundrechte (Punkt 12), aber dann wird ein Satz formuliert, der den vorherigen in Frage stellt. „Da sind die Bürgerinnen und Bürger vor Ort gefordert, mit Kreativität und Vielfalt friedlich gegen das braune Treiben anzutreten.“ Offenbar soll das Demonstrationsrecht für Rechtsextremisten beschnitten werden. An anderer Stelle ist von „Null-Toleranz“ (Punkt 14) die Rede.

Der Hinweis auf die Notwendigkeit, breite gesellschaftliche Bündnisse gegen den Rechtsextremismus zu schmieden (Punkt 15), wird nicht eingeschränkt. Solche Bündnisse werden unglaublich, wenn sie auch von Linksextremisten getragen sind.

Es ist ein Zeichen mangelnder Liberalität, wenn gefordert wird, daß in Printmedien „Interviews mit Rechtsextremisten nichts verloren“ (Punkt 18) haben. Die Angst, damit vollziehe sich ihre Aufwertung, ist unbegründet.

Insgesamt zeugen die Orientierungspunkte nicht von sonderlichem Vertrauen in die freiheitliche Ordnung. Wer vom „braunen Sumpf“ (Punkt 23) spricht, muß sich fragen lassen, ob ihm die angestrebte Reintegration gelingt.

8. Thesen zum Umgang mit dem parteipolitischen (Rechts-)Extremismus

Welche Konsequenzen leiten sich aus den bisherigen Feststellungen ab? Welcher Umgang ist den demokratischen Parteien mit dem parteipolitischen Extremismus zu empfehlen? Die folgenden Thesen beziehen sich vor allem, aber nicht nur, auf die NPD.

Erstens: Wenn ein Drittel der ostdeutschen Bevölkerung bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg für radikale Parteien von links (PDS) und von rechts (NPD, DVU) gestimmt hat, so kann die Demokratie nicht zur Tagesordnung übergehen. Inhaltliche Auseinandersetzung tut Not – mit der einen wie der anderen Seite. Aber daran hapert es vielfach. Nicht nur angesichts der schwierigen Verhältnisse wünschen sich die Bürger der neuen Bundesländer klare Konzepte, die den Weg aus der Krise weisen. Eine „Wählerbeschimpfung“ ist fehl am Platz. Sie treibt die Bürger erst recht in die Arme des Extremismus.

Zweitens. Die CDU-SPD-Koalition in Sachsen muß sich als Koalition der Mitte präsentieren. Das bedeutet zweierlei: Die Union darf PDS und NPD nicht gleichsetzen; die SPD die PDS nicht als „normale demokratische Partei“ ansehen: Die SPD muß bestrebt sein, Wähler von der PDS zurückzugewinnen, die CDU Wähler von der NPD. Beide Regierungsparteien sind gefordert. Fraktionsdisziplin ist wegen der knappen Mehrheit eine Notwendigkeit. Es darf keine wechselnden Mehrheiten bei der Verabschiedung von Gesetzen geben.

Drittens: Die NPD ist zwar durch und durch antidemokratisch, aber gleichwohl demokratisch gewählt. Geschäftsordnungstricks verbieten sich – aus prinzipiellen wie aus strategischen Gründen. Das herkömmliche Gegenüber von Regierungs- und Oppositionsparteien muß erhalten bleiben – auch dann, wenn eine rechtsextremistische Kraft wie die NPD im Landtag sitzt. Feinde des demokratischen Verfassungsstaates sind nicht vogelfrei. Und: Ein antidemokratischer Bodensatz ist in jeder offenen Gesellschaft unvermeidlich. Eine größere Gelassenheit (und damit weniger Alarmismus) nützt der Demokratie.

Viertens: Ein Verbotsantrag gegen die NPD ist weder nötig noch aussichtsreich. Nicht aussichtsreich deshalb, weil die Gründe, die im Jahr 2003 zum Ende des Verfahrens geführt haben (Existenz von V-Leuten in den Vorständen der NPD), fortbestehen dürften. Nicht nötig deshalb, weil es für eine offene Gesellschaft ein Armutszeugnis ist, mit einem extremistischen Narrensaum wie der NPD auf andere Weise nicht fertig zu werden. Diese Partei stellt angesichts ihrer gesellschaftlichen Isolation,

ja Ächtung, keine Gefahr für die demokratische Ordnung dar. Hingegen fehlt diese Ächtung bei der PDS weiterhin.

Fünftens: Moralische Empörung über die NPD ist wohlfeil, trägt jedoch wenig zu ihrer Bekämpfung bei. Wer den Stimmanteil dieser Partei mindern will, muß sich in der Sache mit der NPD und ihren Parolen auseinandersetzen. Symbolpolitik hilft nicht weiter! Man hat zwischen der antidemokratischen NPD und ihren Wählern, die nicht rechtsextremistisch orientiert sein müssen, deutlich zu unterscheiden. Die Motive, die Wähler zum NPD-Votum veranlaßt haben, sollten möglichst beseitigt werden. Die Fixierung auf die NPD ist deplaziert. Der populistische „Kampf gegen Rechts“ löst keine Probleme.

Sechstens: Wer wegen der NPD indirekt den antiextremistischen Konsens aufkündigt und eine Zusammenarbeit mit der PDS ins Auge faßt, erweist der parlamentarischen Demokratie einen Bärendienst. Die Tatsache, daß die PDS vehement gegen jede Form des Rechtsextremismus auftritt, macht sie noch nicht zu einer demokratischen Partei. „Autonome“, die gegen die Polizei vorgehen, weil sie den ordnungsgemäßen Ablauf einer Demonstration der NPD schützt, schwächen nicht die NPD, sondern stärken sie. Die parlamentarische Existenz der NPD hat die PDS aufgewertet. Sie profitiert von deren Erfolgen.

Siebtens: Die demokratischen Parteien dürfen den extremistischen Parteien möglichst wenig offene Flanken bieten. Sie müssen selbstkritisch nach eigenen Versäumnissen fragen. Eine Partei, die nicht auch patriotisch ist, die nicht auch den Stolz auf die Heimat herausstellt, eine Partei, die Debatten um Kriegsverbrechen anderen überläßt und von DNA-Analysen nur spärlich Gebrauch machen will, eine Partei, die die demographischen Probleme nur unzureichend zur Sprache bringt – eine solche Partei sorgt dafür, daß manche Wähler, auch Stammwähler, sich bei ihr nicht mehr heimisch fühlen.

Die politische Agenda müssen die demokratischen Parteien bestimmen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß sie Themen der NPD aufgreifen. Eine Partei ist ein Haus mit vielen Wohnungen. Das ist kein Plädoyer für Verwaschenheit, sondern für

eine klare Konturierung. Man kann nicht einerseits den Anteil des parteipolitischen Rechtsextremismus minimieren wollen und andererseits keinen dezidierten rechten Flügel in einer demokratischen Volkspartei haben wollen. Beides paßt nicht zusammen.

Achtens: Die demokratischen Parteien dürfen ihre Versäumnisse nicht leugnen. Herausgefordert durch die Stimmengewinne von PDS und NPD müssen sie die Verantwortung auch bei sich suchen. Die Interessen des sogenannten „kleinen Mannes“ sind vernachlässigt worden. Wer heikle Themen tabuisiert leistet extremistischen Parteien Vorschub. Insofern könnten Stimmengewinne für radikale Parteien auch ein Gesundbrunnen der Demokratie sein, wenn nicht immer der stereotype „Kampf gegen Rechts“ angefacht wird.

Neuntens: Die Grundgesetzkonzeption der streitbaren Demokratie bedarf der Bewahrung und der Erinnerung. Die Adjektive „abwehrbereit“, „wachsam“, „wehrhaft“, „militant“ und „kämpferisch“ gelten mehr oder weniger als Synonym für „streitbar“. Der Dreiklang von Wertegebundenheit, Abwehrbereitschaft und Vorverlagerung trägt zur Sicherheit des demokratischen Verfassungsstaates bei. Das verbreitete Diktum „keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“ ist nicht geeignet zur Charakterisierung dieser Form der Ordnung, denn auch „Feinden“ des demokratischen Prinzips stehen Rechte zu. Wer gegen eine „Abgrenzung“ von der linken Position votiert, betrachtet mitunter eine „Abgrenzung“ von rechten Auffassungen als Selbstverständlichkeit. Diese Verhaltensweise ist ein kritikwürdiges Symptom von Doppelbödigkeit. Die Verbotspolitik des Staates gegenüber rechtsextremistischen Vereinigungen in den neunziger Jahren ist rechtlich korrekt, politisch eher problematisch. Die streitbare Demokratie in ihrer geistig-politischen Dimension sollte gestärkt werden, nicht ihre administrative. Es entspricht einer demokratischen Streitkultur, daß sie den Spielraum des als legitim Erachteten weit zieht – aus Gründen der Liberalität ebenso wie aus Gründen der Effizienz. Wer einer Strategie der „Ächtung“ und blindem „Alarmismus“ das Wort redet, erreicht wenig.

Zehntens: Demokratische Kräfte müssen auch mit Extremisten sprechen oder solchen Personen, die kein Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit des demokrati-

schen Staates besitzen, also nicht nur über sie. Auf diese Weise wird unter Umständen das aufgebaute Feindbild unterlaufen. Keiner schadet der NPD so sehr wie deren aggressive Polemik. Die Befürchtung, durch öffentliche Kenntnisnahme der NPD-Aussagen werde eine Aufwertung extremistischer Aktivitäten gefördert, läßt indirekt das geringe Zutrauen in die Überzeugungskraft demokratischer Argumentationsmuster erkennen. Die Berührungsangst ist unbegründet. Zur argumentativen Auseinandersetzung gibt es keine ernsthafte Alternative.

9. Fazit

Wer eine Bagatellisierung und Dramatisierung des rechten wie des linken Extremismus gleichermaßen ablehnt, des nicht-gewalttätigen wie des gewalttätigen, fordert Äquidistanz und fördert damit den demokratischen Konsens. Anti-Extremismus heißt aber auch, daß die Abwehr antidemokratischer Bestrebungen demokratisch erfolgt. Allzu häufig wird die eine Variante des Extremismus gegen die andere ausgespielt. Demokratisch legitimiert sind sie beide nicht. Beim „Kampf gegen Rechts“ sind links-extremistische Initiativen keineswegs hilfreich. Im Gegenteil. Mit bloßem Antifaschismus kann man den Rechtsextremismus nicht glaubwürdig bekämpfen. Aber eben das ist nötig!

Der Autor

Prof. Dr. Eckhard Jesse, geb. 1948, lehrt Politikwissenschaft an der Technischen Universität Chemnitz.